

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AFA-Bundesvorsitzender, zu den Wahlkampfthesen der FDP.
Seite 1

Dietrich Sperling MdB warnt die Bundesregierung vor einer kurzfristigen Energiepolitik.
Seite 2

Klaus Immer MdB widerspricht widersinnigen Geschäften mit der Weihnachtssbutter.
Seite 3

Ursula Kerstein, Leiterin der Bremischen Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau, legt Arbeitsergebnisse vor.
Seite 4

Joachim F. Kendelbacher, Pressesprecher der Arbeiterwohlfahrt: Eine Ärzte Zeitung begibt sich auf Abwege.
Seite 7

37. Jahrgang / 234

9. Dezember 1982

Prozente-Opportunismus

Nur die Pünktchen blieben der FDP

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Jetzt hat die FDP, gleichsam wie der Appendix einer historischen Bewegung, den Entwurf von Wahlkampfthesen vorgelegt. Wer schreibt, der bleibt, glaubt sie. Sicher ist sie sich aber nicht. Das zeigen Inhalt und Logik des Papiers. Schon ein erster Blick verrät, daß die Verfasser weniger an die künftige Politik und mehr daran gedacht haben, ob und wie sie in ihrer politischen Not und mit ihren Thesen nach Zehntelprozenten wimpeln können. So ist die Mentalität jener, die sich selbst zu politischen Beschaffern und Besorgern gemacht haben. Ehe man sich versieht, wird aus politischer Überzeugung dann ein Prozente-Opportunismus: Erst beim Lambsdorff-Papier und jetzt wieder. Gedacht wird nicht mehr in politischen Maßstäben und im Angesicht gesellschaftlicher Wirkungen dessen, was man tun will. Gehandelt wird in kleiner Münze.

Die historische Idee des Liberalismus kann nicht in ein solches Milieu gezwängt werden. Es wäre ja auch ein Jammer, wenn freie und freiheitliche Politik nur auf den drei Buchstaben hocken würde, die von der FDP geblieben sind. Die Pünktchen dazwischen machen die Sache auch nicht ansehnlicher. Die liberale Idee und der aus ihr erwachsene Anspruch leben in den Menschen und der Politik, nicht nur in einer verwelkenden Partei.
(-/9.12.1982/ks/va)

+ + +



Kurzfristige Energiepolitik

Kohl schlägt Warnungen in den Wind

Von Dr. Dietrich Sperling

Mitglied des Deutschen Bundestages

Energiepolitik hat weder in der Regierungserklärung noch in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung eine Rolle gespielt.

Die Regierung sonnt sich im Glanz von Meldungen über Sparerfolge, die auf Maßnahmen der alten Regierung zurückzuführen sind und läßt sich von der Droge relativ stabiler Energiepreise betäuben.

Wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich bessert und der Energieverbrauch der Bundesrepublik wieder steigt, ohne daß die Politik der rationellen Energieverwendung und des "weg vom Öl" konsequent und beharrlich fortgesetzt worden ist, wird die scheinbare Ruhe an der Energiefront platzen wie eine Seifenblase.

Möglicherweise wird die Regierung davon wach, aber dieser Zeitpunkt ist zu spät.

Die internationale Energieagentur (IEA) hat in ihrem "Weltenergieausblick" eine ernste Warnung vorgelegt:

"Die derzeitigen Aussichten für die kurzfristige Stabilität der Energiemärkte und namentlich des Ölmarktes vermitteln insofern ein falsches Bild, als in der gegenwärtigen Ölüberschußsituation die mittel- und langfristigen Grundtendenzen nicht zum Ausdruck kommen. Diese Tendenzen deuten auf eine erneute Verknappung des Ölangebots in der zweiten Hälfte der 80er Jahre hin und lassen damit die Notwendigkeit erkennen, der Energiepolitik als einem Mittel zur Vermeidung einschneidender wirtschaftlicher Hindernisse ständig Aufmerksamkeit zu schenken."

Die Bundesregierung hat noch nicht erkennen lassen, daß ihr die Bedeutung der Energiepolitik als Zukunftsvorsorge klar ist.

Man vermißt nicht nur Aussagen zur Fortführung des Heizenergiesparprogramms oder die Förderung energiesparender Investitionen im Rahmen der Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur, sondern auch in dem Bereich, den Helmut Kohl früher immer wortreich beschworen hat: dem der "geistigen Führung".

Für den sparsamen Umgang mit Energie und die Politik "weg vom Öl" wäre eine klare und demonstrative Aussage und eine aktive Bewußtseinsbildung erforderlich.

Da wäre eine "geistige Führung" am Platz.

Aber die hat die Regierung anscheinend an den "Markt" abgetreten und der reagiert, wie wir alle wissen, auf Angebot und Nachfrage und bezieht längerfristige Überlebens- und damit politische Gestaltungserfordernisse nicht ein. (-/9.12.1982/bgy/va)

+ + +



Reserven für den Weihnachtsmann

Der Widersinn um die Weihnachtsbutter beginnt wieder

Von Klaus Inner MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Wenn ab Donnerstag dieser Woche beginnend circa 30 Tausend Tonnen verbilligte Weihnachtsbutter, als "Molkereibutter" deklariert, in den deutschen Läden und Supermärkten feilgeboten werden, wird für viele Haushalte wieder alles in Butter sein. Den Löwenanteil dieser Butter werden allerdings wieder diejenigen abschleppen, die durchaus in der Lage wären, die Normalpreisbutter zu kaufen. Sinnvoll wäre eine solche Aktion eigentlich nur, wenn sozial-schwache Familien davon profitieren würden. Da dies jedoch aus mancherlei Gründen nicht praktikabel erscheint, wird die Weihnachtsbutter wieder einige tausend Tonnen Frischbutter vom Verkauf verdrängen, die dann wieder in die Kühllhäuser verbannt werden, zum Teil als Reserve für den Weihnachtsmann im nächsten Jahr.

Dabei steht einwandfrei fest, daß die Europäische Gemeinschaft Geld sparen würde, wenn diese Butter an Drittländer verkauft würde. Es erscheint widersinnig, daß die heimischen Milchbauern über die Mitverantwortungsabgabe die wohlhabenderen Verbraucher bei uns alle Jahre wieder subventionieren sollen. Diese Gelder könnten besser angelegt werden; und es fände tatsächlich ein Abbau von Überschüssen statt. Der Verzicht, diese Butter auf dem Weltmarkt abzusetzen, mit geringeren Kosten(!), schmälert zudem den Marktanteil der EG. Hier macht sich ohne Rücksicht auf Verluste mehr und mehr der USA-Export breit.

Alles in Butter? Jedenfalls nicht bei der europäischen Landwirtschaft.

(-/9.12.1982/bgy/va)

+ + +



Bewährungsprobe bestanden

Bremen forciert die Gleichberechtigung

Von Ursula Kerstein

Leiterin der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung
der Gleichberechtigung der Frau

Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau hat Anfang August dieses Jahres ihr Arbeitsprogramm öffentlich vorgestellt. Seither haben die Mitarbeiterinnen der Zentralstelle eine Reihe von Ansätzen für die Realisierung dieses Programms geschaffen. Drei Arbeitsebenen standen dabei im Vordergrund:

1. Die Zentralstelle nimmt Beschwerden und Anregungen von Frauen entgegen, die wegen ihres Geschlechts in irgendeinem Bereich des gesellschaftlichen Lebens benachteiligt werden beziehungsweise sich benachteiligt fühlen. Im allgemeinen gelingt es, durch gezielte Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden, Institutionen und so weiter schnell und unbürokratisch zu helfen.

Diese "Einzelfallberatung" bezieht sich häufig auf Probleme, die zwar individuell bekannt werden, die aber im Prinzip alle oder viele Frauen betreffen. In solchen Fällen entwickelt die Zentralstelle Initiativen, die weit über die Beratung im Einzelfall hinausgehen und auf eine generelle Lösung des entsprechenden Problems abzielen.

2. Eine Reihe von Arbeiten der Zentralstelle ergeben sich aus dem "Gesetz über die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau". So werden in der Zentralstelle regelmäßig die Gesetzesvorlagen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats überprüft, um unmittelbare oder mittelbare Benachteiligungen von Frauen in Bremen ausschließen zu helfen. Ferner steht die Zentralstelle in ständigem Kontakt mit denjenigen Organisationen und Verbänden - Gewerkschaften, Frauenverbände, Kammern und so weiter -, die sich in irgendeiner Form mit den Problemen von Frauen zu beschäftigen haben. Schließlich bemüht sich die Zentralstelle, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit ein Problembewußtsein zu fördern, das mit dazu beitragen kann, die faktische Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft allmählich abzubauen.

Ihrem gesetzlichen Auftrag folgend wirkt die Zentralstelle daraufhin, daß das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird. In diesem Rahmen hat die Zentralstelle in den vergangenen Monaten eine ganze Reihe von Aktivitäten entfaltet:

- o Die Zentralstelle überprüft regelmäßig die Ausschreibung offener Stellen in den Bremer Tageszeitungen. Häufig richten sich die Ausschreibungstexte, insbesondere besser dotierter Stellen, allein an männliche Bewerber. In solchen Fällen informiert die Zentralstelle die inserierenden Firmen über die gesetzlichen Vorschriften und bittet um Stellungnahme sowie Änderung der Ausschreibungstexte. Die Zentralstelle bedauert, daß bei Verstößen gegen die gebotene Geschlechtsneutralität von Stellenausschreibungen gesetzlich keine Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen sind.



- o Von Politikern aller Parteien ist gelegentlich darauf hingewiesen worden, daß im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Frauen in der Arbeitswelt der Öffentliche Dienst eine "Vorbildfunktion" zu erfüllen habe. Die Zentralstelle schließt sich dieser Auffassung an. Sie hat deshalb untersucht, wieviele Frauen insgesamt und in welchen Positionen Frauen - im Verhältnis zu ihren männlichen Kollegen - im Öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung belegen, daß auch im Öffentlichen Dienst noch viel getan werden muß, um die gesetzlich gebotene Gleichberechtigung faktisch zu verwirklichen.
- o Aus diesem Grund hat die Zentralstelle ein Informationsblatt für alle Dienststellenleiter und Personalräte zusammengestellt, in welchem die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen kurz dargestellt und diejenigen Bereiche benannt werden, in denen Frauen nach wie vor besonders häufig benachteiligt werden. Sie appelliert ferner eindringlich an Dienststellenleiter und Personalräte, sich verstärkt für die Gleichbehandlung und Förderung der Frauen im Öffentlichen Dienst einzusetzen.
- o Auch die Ungleichbehandlung der Beschäftigung im Öffentlichen Dienst im Falle von Kinderbetreuung - Beamte und Beamtinnen haben unter anderem hierfür ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Beurlaubung - ist nach Ansicht der Zentralstelle ungerechtfertigt. Daher hat die Zentralstelle eine Forderung entwickelt, die auf die Gewährung gleicher Rechte auch für Arbeiterinnen und Angestellte abzielt. Sie ist ferner an die ÖTV herantreten mit der Bitte, diese Initiative zu unterstützen. Eine Entscheidung der zuständigen Gremien der ÖTV liegt bislang nicht vor.
- o Die Zentralstelle vertritt die Auffassung, daß die Diskriminierung der Frauen im Arbeitsleben bereits bei der für Mädchen besonders schwierigen Ausbildungsplatzsituation beginnt. Sie hat daher nachdrücklich das kürzlich öffentlich vorgestellte Projekt unterstützt, in welchem türkische Mädchen eine qualifizierte Berufsausbildung in medizinischen und juristischen Hilfsberufen erhalten sollen. Sie hat ferner in dem für die Behebung des Ausbildungsplatzdefizits zuständigen Landesausschuß eindringlich an die Ressorts appelliert, Mädchen bei der Entwicklung weiterer Projekte besonders zu berücksichtigen.
- o In Bildung und Ausbildung wird nach wie vor ein erheblicher Teil der Grundlagen für die spätere Benachteiligung und Rollenzuweisung der Frauen geschaffen. Die Mitarbeiterinnen der Zentralstelle referieren daher regelmäßig in Bildungs- und Informationsveranstaltungen, um das Bewußtsein der Notwendigkeit besserer und weniger rollenspezifischer Ausbildung der Mädchen zu fördern. Darüber hinaus hat die Zentralstelle gemeinsam mit dem Senator für Bildung alle Lehrerinnen und Lehrer im Lande Bremen aufgefordert, Mädchen schon in der Schule gezielt zu fördern und die traditionelle Rollenzuweisung zu problematisieren. Schließlich hat die Zentralstelle die Frauenwoche der Universität Bremen finanziell unterstützt und die Anerkennung einer Reihe von Veranstaltungen als Bildungsurlaubsseminare besonders begrüßt.

Die Zentralstelle wird noch in diesem Jahr ein "Info-Handbuch" für Frauen herausgeben, in welchem die in Bremen relevanten Gruppen, Verbände und Organisationen ihre Arbeit vorstellen und Kontaktmöglichkeiten anbieten können. Unter den Rubriken "Beratung und Hilfe", "Teilnahme und Mitarbeit" sowie "Beruf und Bildung" werden in diesem Handbuch die für Frauen wichtigen Angebote im Land Bremen zusammengefaßt.



Ferner hat die Zentralstelle der Universität und dem Senator für Wissenschaft und Kunst vorgeschlagen, an der Universität eine wissenschaftliche Einrichtung für Frauenforschung zu schaffen. Nach Auffassung der Zentralstelle sollten vor allem die sozialwissenschaftlichen und historischen Aspekte der gesellschaftlichen Rolle der Frauen genauer untersucht und auch im Rahmen der Lehre vertreten werden.

3. Die Bremische Zentralstelle steht in regelmäßigem Kontakt mit den Gleichstellungsinstanzen der anderen Bundesländer. Sie hat in den vergangenen Monaten eine Reihe von Initiativen anderer Bundesländer unterstützt, so zum Beispiel die Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg, den Straftatbestand des Paragraphen 177 Strafgesetzbuch (StGB) auf Vergewaltigung in der Ehe auszuweiten.

Andererseits hat sich die Zentralstelle gegen eine Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein gewandt, die - im Vorgriff auf mögliche Bestimmungen in einem neuen Arbeitsschutzgesetz - darauf abzielt, eine Angleichung der Arbeitssituation von Männern und Frauen durch Abbau der Schutzbestimmungen für Frauen zu erreichen. Die Zentralstelle ist demgegenüber der Auffassung, daß gleiche Arbeitsbedingungen grundsätzlich durch allgemeinen Abbau von Arbeiterschwernissen und durch Ausdehnung der für Frauen geltenden Arbeitsschutzbestimmungen auch auf Männer verwirklicht werden müssen.

Schließlich hat sich die Zentralstelle erst kürzlich scharf gegen die geplanten Kürzungen und Neuregelungen beim BAFÖG gewandt. Für besonders empörend hält die Zentralstelle das neuerdings von der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft vorgebrachte Argument, die geplante BAFÖG-Novelle habe weniger finanzielle als "erzieherische" Gründe. Wie die Zentralstelle in einer Pressemitteilung bereits dargestellt hat, treffen derartige "Erziehungsmaßnahmen" Mädchen und junge Frauen doppelt hart.

Derzeit entwickeln die Mitarbeiterinnen der Zentralstelle, neben ihrer laufenden Arbeit und der Abfassung des in der Bürgerschaft vorzulegenden Berichts, eine Reihe von Arbeitsvorhaben für das kommende Jahr. (-/9.12.1982/ks/ca)

+ + +



Hitler und die Sozialpolitik

Eine Ärzte Zeitung begibt sich auf Abwege

Von Joachim F. Kendelbacher

Pressesprecher der Arbeiterwohlfahrt

Seit einigen Wochen bereichert eine "Tagesinformation für den Arzt" die deutsche Medienlandschaft. Sie heißt "Ärzte Zeitung", erscheint fünfmal die Woche und wird herausgegeben von der "Ärzte Zeitung Verlagsgesellschaft m.b.H.", Neu-Isenburg. Zu den Beratern des Herausgebers gehört unter anderem Peter Boenisch, was aber den Standort noch nicht festmacht. Mit Berichten aus Politik, Medizin, Wirtschaft und Kultur flattert die Zeitung den Ärzten in die Praxen und gibt sich ausgewogen. Wenn...

Wenn da nicht zum Beispiel vor einigen Tagen ein Artikel des Redaktionsmitgliedes Albert Goeschel, verantwortlicher Redakteur für das Gesundheitswesen, unter dem Titel "Hitlers Blitzkriegsstrategie war Erfordernis der Sozialpolitik" erschienen wäre. Der Verfasser glaubt eine "Erbitterung der Ärzteschaft über den Trend zu einer christlich-sozialistischen Einheitsversicherung" als "verständlich" auszumachen; und er weiß auch gleich das Rezept, wie man derartigen Tendenzen wirksam begegnen kann: "Hoher Erkenntnisgewinn ist dabei aus einer Betrachtung der Sozialpolitik im nationalsozialistischen Staat zu ziehen." Dazu "empfiehlt" er der Ärzteschaft für ihre strategischen Studien "wärmstens" eine "exzellente Untersuchung von Timothy W. Mason über die Sozialpolitik im Dritten Reich".

Exzellente ausgemacht haben die Voranalytiker Mason und sein Fan Goeschel, daß "selbst (!) der nationalsozialistische Staat nicht in der Lage war, sich gegenüber dem Verlangen der Bevölkerung nach verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen mit hin nach sozialpolitischen Zugeständnissen zu behaupten". Wie der politische Druck durch totales Engagement in der kriegsvorbereitenden Aufrüstung einerseits und durch sozialpolitische Erfordernisse andererseits zu lösen gewesen wäre, dafür hat Goeschel ein simples Rezept zur Hand: "Spätestens nach Eröffnung des Krieges wäre es erforderlich gewesen, die gesamte Sozialpolitik des Dritten Reiches an die wirtschaftlichen Erfordernisse der Kriegsführung anzupassen." Genau dies sei aber trotz der "Allmächtigkeit" der Nationalsozialisten nicht geschehen. Das "Kalkül Hitlers", mit einer Blitzstrategie "die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen der deutschen Bevölkerung" sowie "soziale Unruhen und Revolution" zu vermeiden, sei deshalb fehlergeschlagen.

Für den gesundheitspolitischen Redakteur der Ärzte Zeitung war der Blitzkrieg "gedacht als Kompromiß zwischen Sozialpolitik und Außenpolitik des Dritten Reiches".

Was eigentlich will der Autor mit seiner verwirrten Vergangenheitsbewältigung seinen Lesern empfehlen? Wenn er seine Analyse zum Maßstab für heute erforderliches politisches Handeln machen will, dann liegt das "Heil" zur Lösung bedrängender ökonomischer und sozialpolitischer Probleme wohl nur in totaler Aufrüstung und anschließender Anwendung der Erstschlagkapazität. Verständlich, daß Sozialpolitik sich dann erübrigt. Goeschel - ein cruise missile des Gesundheitswesens?

Entrüstung ist angebracht, wenn solch ein Beitrag ausgerechnet in jenen Wochen erscheint, wo zu Recht an den Beginn des schwärzesten Kapitels deutscher Geschichte erinnert wird. Eine "Analyse" der unseligen Rolle eines großen Teils der "Partner des Gesundheitswesens" im Dritten Reich hätte der demokratischen deutschen Staatsentwicklung besser getan.

